Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

35. Sitzung (04.07.1919)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

und „Besetzung" die Worte „Behandlung bei der" einzuschalten.

Den Abänderungsantrag hat der Abg. Ihrig bereits begründet.

Angeregt durch eine Bemerkung des Abg. König zur Geschäftsordnung entsteht über Sinn und Bedeutung der obengenannten beiden Anträge eine Geschäftsordnungsdebatte, an der sich weiter außer dem Präsidenten die Abgg. Dr. Koenigsberger, Dr. Schofer, Stockinger und Minister Hummel beteiligen.

Alsdann erhalten noch zu persönlichen Bemerkungen die Abgg. Dr. Leser und Dr. Gothein das Wort.

Sodann wird abgebrochen und noch ein mittlerweile eingegangener Antrag der Abgg. Karl u. Gen., Verwendung der Kriegsanleihepapiere zur Bezahlung der künftigen Vermögensabgabe betr., bekanntgegeben.

Der Antrag gelangt zum Druck (Drucks. Nr. 16 d) und wird k. H. an die Haushaltskommission überwiesen.

Die nächste Sitzung wird festgesetzt auf

Freitag den 4. Juli 1919
vormittags 9 Uhr

mit der heutigen Tagesordnung.

Schluß der Sitzung nach 3/4 2 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident: Kopf.
Der II. Vizepräsident: Muser.

Die Schriftführer: v. Gleichenstein. Karl.

---

35. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 4. Juli 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Minister des Kultus und Unterrichts Hummel, Arbeitsminister Rückert, Geh. Oberregierungsrat Dr. Schwoerer und Ministerialrat Franz; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Belzer, Dietrich, Duffner, Habermehl, Hamann, Helffrich, Jost, Köhler, Kräuter, Massa, Müller-Karlsruhe Müller-Schopfheim, Otto, Remmele, Saenger, Spieß, Trunk, Venedey, Vogel und Dr. Zehnter.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Kopf und des II. Vizepräsidenten Muser.

Tagesordnung:

(wie vorige Sitzung.)

Die Sitzung wird eröffnet um 1/4 10 Uhr.

Es werden zunächst folgende Eingänge bekanntgegeben:

A. Petitionen:

1. Bitte des Eisenbahn-Komitees Osterburken—Merchingen—Erlenbach—Ballenberg—Oberndorf—Neunstetten—Assamstadt—Rengershausen—Wachbach—Neunkirchen—Mergentheim um Erbauung dieser Bahn;
2. Bitte des F. Münch in Eberbach um Beistand zur Erlangung der Invalidenrente für seinen Sohn, den Kriegsinvaliden Franz Münch;
3. Bitte des Stationswarts H. Merkel in Hilpertsau um Beförderung zum Stationsaufseher, übergeben von dem Abg. Straub.

Es gehen die Petitionen unter: 1 an die Haushaltskommission, 2 und 3 an die Petitionskommission.

B. Sonstige Eingänge aus Volkskreisen:

Schreiben des Vereins Schwarzwälder Gasthofbesitzer mit dem Jahresbericht desselben für 1918 für die Mitglieder des Landtags.

Der Bericht gelangt zur Verteilung.

C. Eingänge aus der Mitte des Hauses:

1. Verhinderungsanzeigen der Abgg. Müller-Karlsruhe und Otto wegen beruflicher Inanspruchnahme bezw. Erholungsbedürftigkeit.

   Der erforderliche Urlaub wird erteilt.
2. Antrag der Abgg. Beyerle u. Gen., die Erhöhung der Kriegshinterbliebenen-Bezüge betr..

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Gelangt zum Druck (Drucks. Nr. 40) und wird k. H. an die Haushaltskommission überwiesen.

3. Anzeige des Abg. Spieß von der Niederlegung seines Mandats aus Gesundheitsrücksichten.

Der Präsident teilt auf Grund der Wahlakten mit, daß als Ersatzmann der Gewerkschaftsbeamte und Stadtverordnete Valentin Hauer in Heidelberg in Betracht komme. Das Haus ist mit der Einberufung desselben einverstanden.

D. Regierungsmitteilung:

Schreiben des Finanzministers vom 1. Juli, wonach er zur Beantwortung der Interpellation der Abgg. Roesch u. Gen., die Lebensmittelfrage, hier die Einfuhr von Wein aus der Schweiz betr. (Drucks. Nr. 9d) bereit ist.

Dient einstweilen zur Kenntnisnahme.

(Weitere Eingänge siehe am Schlusse des Protokolls.)

Hierauf wird in die

Tagesordnung

eingetreten.

Ziffer 1: Interpellation der Abgg. Dr. Koenigsberger u. Gen., die Reform der Universitätsverfassung betr. (Drucks. Nr. 19).

Der Präsident gibt auf Grund der inzwischen stattgehabten Besprechung eine Vereinbarung der Parteien dahin bekannt, daß an Stelle des Antrags Dr. Koenigsberger u. Gen. (vergl. Protokoll der 33. Sitzung) sowie des Abänderungsantrags Dr. Leser u. Gen. (Protokoll der 34. Sitzung) der folgende neue Antrag treten soll:

„Die Regierung wird ersucht, an den Hochschulen für eine paritätische Behandlung bei der Besetzung derjenigen Lehrfächer, die je nach der Weltanschauung verschieden gelehrt werden, künftighin zu sorgen."

Alsdann wird die Beratung geschlossen.

Das Schlußwort für die Interpellanten erhält Abg. Dr. Koenigsberger. Darnach ergreift Minister des Kultus und Unterrichts Hummel nochmals das Wort.

In der daraufhin wiedereröffneten Beratung gibt der Präsident zunächst den Eingang eines Antrags der Abgg. Mayer-Karlsruhe, Hertle, Schöpfle, Karl und Mager folgenden Wortlauts bekannt:

„Die Regierung wird ersucht, bei der Besetzung von Lehrfächern, in denen der Unterschied der Weltanschauungen in Betracht kommt, die verschiedenen Richtungen im Benehmen mit der betr. Fakultät nach Möglichkeit zu berücksichtigen."

Das Wort zur besonderen Begründung dieses Antrags wird nicht begehrt.

Die Beratung wird endgültig geschlossen; auf das Schlußwort wird allseits verzichtet.

Mit Zustimmung des Hauses wird, abweichend von der Vorschrift in § 45 der Geschäftsordnung, wonach über Anträge, die im Anschluß an die Besprechung von Interpellationen gestellt werden, regelmäßig nicht vor Umfluß von 3 Tagen abgestimmt werden soll, alsbald über die vorliegenden Anträge abgestimmt.

Der unter den Fraktionen vereinbarte Antrag:

„Die Regierung wird ersucht, an den Hochschulen für eine paritätische Behandlung bei Besetzung derjenigen Lehrfächer, die je nach der Weltanschauung verschieden gelehrt werden, künftighin zu sorgen",

wird mit allen gegen 4 Stimmen angenommen und damit der Antrag der Abgg. Mayer-Karlsruhe und Gen. abgelehnt.

Der Antrag der Abgg. Dr. Schofer und Gen.: (vergl. Protokoll der 33. Sitzung):

„Die Verfassung der Universitäten Freiburg und Heidelberg vom 17. März 1919 entspricht nicht den Anforderungen der neuen Zeit. Sie ist auf Grund des Ergebnisses der gegenwärtigen Aussprache umzuarbeiten. Vor Inkrafttreten der neuen Verfassung ist deren Entwurf dem Landtag zur Stellungnahme vorzulegen; insbesondere erwartet die Volksvertretung eine Regelung der Institutsfrage auf demokratischer Grundlage"

wird ebenfalls mit Stimmenmehrheit angenommen.

Es folgt

Ziffer 2 der Tagesordnung: Berichte der Kommission für Justiz und Verwaltung und Beratung über

a. die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. August 1918 über die Erhebung bestimmter Taxen (Drucks. Nr. 38) und in Verbindung damit

b. den Antrag (Gesetzesvorschlag) der Abgg. Dr. Bernauer u. Gen., die Ergänzung des Verwaltungsgebührengesetzes betr. (Drucks. Nr. 38a).

Abg. Schneider-Heidelberg erstattet namens der Kommission für Justiz und Verwaltung im Anschlusse an den über den ersten Gegenstand vorliegenden Druckbericht (Drucks. Nr. 38) über beide Gegenstände einen gemeinschaftlichen mündlichen Bericht.

Die Anträge der Kommission lauten:

a. hinsichtlich der Verordnung (vergl. Seite 3 der Drucks. Nr. 38):

„Der Landtag wolle erklären, daß er von der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. August 1918 Kenntnis genommen und Wünsche nicht zu äußern hat."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

b. hinsichtlich des Antrages Dr. Bernauer u. Gen. (Drucks. Nr. 38 a):

dem Gesetzesvorschlag zuzustimmen und die Frist des § 49 der Verfassung auf 24 Stunden abzukürzen.

In der eröffneten Beratung ergreift niemand das Wort.

Bei dem hierauf folgenden Aufruf zur Einzelberatung wird zunächst der aus einer einzigen Bestimmung bestehende Gesetzesvorschlag und alsdann der Kommissionsantrag hinsichtlich der Verordnung einstimmig angenommen und ebenso der Antrag der Kommission, die Frist des § 49 der Verfassung für die zweite Beratung des Gesetzesvorschlags auf 24 Stunden festzusetzen.

Auch die namentliche Abstimmung über den Gesetzesvorschlag ergibt die einstimmige Annahme mit 60 Stimmen.

Es folgt

Ziffer 3a der Tagesordnung: Interpellation der Abgg. Weber-Heidelberg u. Gen., den Schutz der weiblichen Angestellten und Arbeiter gegen Erwerbslosigkeit betr. (Drucks. Nr. 31).

Die Abg. Weber-Heidelberg begründet die Interpellation und Arbeitsminister Rückert beantwortet dieselbe.

In der gewünschten Besprechung erhalten das Wort die Abgg. Rigel und Fischer-Karlsruhe.

Das Schlußwort erhält Abg. Weber-Heidelberg.

Vizepräsident Muser, der während der Rede der Abg. Weber-Heidelberg den Vorsitz übernommen hat, teilt mit, daß der Arbeitsminister bereit sei, die

Kurze Anfrage der Abgg. Rausch u. Gen., Mißstände in den Lungenheilstätten betr.,

zu beantworten.

Demgemäß verliest Abg. Rausch die Anfrage, welche lautet:

„Sind der Regierung die Mißstände in den badischen Lungenheilstätten bekannt? Was ist bezüglich deren Beseitigung geschehen?"

Arbeitsminister Rückert beantwortet die Anfrage.

Nunmehr folgt

Ziffer 3b der Tagesordnung: Interpellation Weißhaupt u. Gen., die Sonntagsruhe betr. (Drucks. Nr. 34).

Abg. Weißhaupt begründet, Arbeitsminister Rückert beantwortet die Interpellation.

In der gewünschten Besprechung erhalten das Wort die Abgg. Martin, Schön, Spengler, Horter, Engelhardt, Rigel und Richter.

Das Schlußwort erhält Abg. Weißhaupt.

Darauf ergreift Arbeitsminister Rückert nochmals das Wort.

In wiedereröffneter Besprechung erhalten weiter das Wort die Abgg. Weißhaupt, Dr. Schofer, Arbeitsminister Rückert, die Abgg. Dr. Gothein, Dr. Schofer, Großhans, Weißhaupt, Dr. Gothein (Präsident Kopf, der während der Rede des Abg. Martin den Vorsitz wieder übernommen hat, präzisiert seinen Standpunkt gegenüber dem Abg. Dr. Gothein, der sich gegen den von dem Abg. Dr. Schofer ihm gegenüber gebrauchten Ausdruck „Denunziation" gewendet hat) und Karl.

Damit ist, da der Vertreter der Interpellanten auf das Schlußwort verzichtet, die Besprechung erledigt.

Der Präsident macht unwidersprochen den Vorschlag hier abzubrechen, und gibt noch den Eingang einer Kurzen Anfrage der Abgg. Massa, Herbster und Leser, die Erteilung von Personal-Konzessionen für Apotheken betr., bekannt.

Dieselbe geht zunächst an die Regierung.

Zur Geschäftsordnung erhält alsdann noch der Abg. Weißhaupt das Wort, um namens der Antragsteller den auf der heutigen Tagesordnung stehenden Antrag Weißhaupt u. Gen., die Landwirtschaftskammer betr. (Drucks. Nr. 8e) zurückzuziehen.

Endlich gibt der Präsident den Eingang eines Schreibens des Abg. Jost bekannt, wonach dieser sein Mandat wegen Krankheit niederlegt. Als Ersatzmann kommt nach den Wahlakten Steinarbeiter und Stadtverordneter Maximilian Arnold in Mannheim in Betracht, den der Präsident mit Zustimmung des Hauses einberufen wird.

Hierauf wird die nächste Sitzung festgesetzt auf

Dienstag den 8. Juli 1919
nachmittags 4 Uhr

mit der Tagesordnung:

(s. Eingang des Protokolls der nächsten Sitzung).

Schluß der Sitzung ½2 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident:
Kopf.

Der II. Vizepräsident:
Muser.

Die Schriftführer:
Weber.
v. Gleichenstein.